

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Druckpreis beträgt bei jeder Zustellung im Voraus für Groß-Berlin 8,50 Mk. im Voraus zahlbar. Für Postversand nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Preisband bezogen für Deutschland und Österreich 12,50 Mk., für das übrige Ausland 16.— Mk. zuzüglich Postzuschlag, per Viertel für Deutschland und Österreich 26,00 Mk. Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 177. Fernsprecher: Amt Norden 833-36 und 9769

Die nächstfolgende Nummer (169) über deren Namen folgt 1.— Mk. einschließlich in Ermessungsfall. Kleine Anzeigen: Das in gebundener Form 2.— Mk. je Zeile, weitere 1,50 Mk. einschließlich. Einrückungssatz: Kaufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellenanzeigen 1,20 Mk. netto pro Zeile. Sonstige Anzeigen in Wortanzeigen: Das in gebundener Form 1,50 Mk. je Zeile, weitere 1.— Mk. Anzeigen-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, Buchhandlung Jentram 2645. „Freiheit“-Buchdruckerei Jentram 2030.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Unsere Friedenskundgebung.

Die Reaktion hat endlich das Stillsitzen gefunden, nach dem sie so lange sehnlichst Ausschau gehalten. Von der „Kreuzzeitung“ bis zum „Berliner Tageblatt“ ertönt der Kriegsruf gegen die Unabhängigen, die im Auftrage Moskaus das Deutsche Reich in internationale Komplikationen stürzen. Und wenn das konservative Organ die Entdeckung macht, der Wahlkampf sei nur eine Kulisse, hinter der der kriegerische Volkswind aufmarchiere, so wird diese Anklage noch durch den Unfug des „Berliner Tageblatts“ übertrifft, das die Dienstag-Kundgebung unserer Partei in eine Linie stellt mit den alldeutsch-nationalistischen Kundgebungen im Juli 1914 zugunsten Oesterreichs!

Ist das auch Wahnsinn, so steckt darin Methode. Es ist die altbekannte Methode der Verdächtigung und Verleumdung jeder selbständigen Massenaktion der Arbeiterklasse, namentlich auf dem Gebiete der äußeren Politik. Als das Berliner Proletariat im Mai vorigen Jahres auf unsere Ruf hin für den Friedensschluß demonstrierte und durch seine machtvolle Aktion das frivole Spiel mit dem Frieden bereitete, da waren wir die „Agenten der Entente“, die dem Vaterlande „in den Rücken fielen“. Jetzt wiederum sind wir die „Friedensstörer“, die im Auftrage Moskaus gegen die Entente demonstrieren und Deutschland neue Schwierigkeiten bereiten. Würde eine solche Kundgebung — so denunziert das „B. T.“ — für deutsche Interessen veranlaßt werden, so würden wir über diese „dämonische Debe“ sehr entrüstet sein. Da es sich aber um die Interessen Moskaus handelt, so erscheine uns dieses Mittel gut und erlaubt.

Ueber den moralischen Tiefstand dieser Anklagen verlieren wir kein Wort, denn es gehört zu den notwendigen Reaktionen auch des radikalen Bürgertums, im Wahlkampf den „nationalen“ Kampfen gegen die „vaterlandslosen“ roten Geistes zu schwingen. Interessanter ist jene totale Verstandlosigkeit in außenpolitischen Dingen, die es fertig bringt, die alldeutsch-nationalistischen Kundgebungen vom Juli 1914, die ein Glied in der Kette der deutschen Kriegsverwundung bildeten, auf eine Stufe zu stellen mit der Kundgebung unserer Partei gegen die neuen kriegerischen Verwicklungen im Osten, die ihre Rückwirkung auch in Deutschland finden.

Wir sind es gewöhnt, daß die bürgerliche Presse die traditionelle Gleichgültigkeit des deutschen Staatsbürgers zu den Fragen der äußeren Politik gelassenlich nährt und fördert. Das geht es den guten Bürger an, daß die Völker „weit hinten in der Poloa“ auf einander loschlagen? Eine weisse Obrißheit und eine sorglose Diplomatie wachen darüber, daß auf jeden Fall Deutschlands Interessen nicht berührt werden. Mit der nichtsagenden Phrase von den „friedlichen Tendenzen“ der deutschen Politik werden alle Bedenken abgetan, und wenn, wie beispielsweise beim Balkanabenteuer, die Wirklichkeit von der Theorie erheblich abweicht, so sind es immer „unverantwortliche Elemente“ gewesen, die das Unglück heraufbeschworen und die Fensterheiden der offiziellen Politik eingeschlagen haben.

Der Verlauf des Balkanabenteuers sollte überhaupt eine Lehre sein für alle diejenigen, die sich jetzt in Sicherheit wiegen und die Beschränkung drohender Komplikationen mit dem Hinweis auf die absolut friedlichen Tendenzen der deutschen Außenpolitik abtun. Wir wollen die Frage unerdert lassen, inwieweit dieser Hinweis auf die Weiter der deutschen Politik nach dem Ausschelden der Unabhängigen aus der Regierung zutreffend ist. Tatsache ist jedenfalls, daß die Regierung durch ihre Duldsamkeit gegenüber der militärischen Nebenregierung, die im Einvernehmen mit einzelnen Stellen des auswärtigen Amtes eine selbständige äußere Politik betrieb, an den verhängnisvollen außenpolitischen Verwicklungen des letzten Jahres die Mitschuld trägt. Die Faktoren, die diese Verwicklungen heraufbeschworen, bestehen heute noch fort. Noch wie vor halten untergeordnete Stellen im auswärtigen Amt, namentlich soweit die Ostpolitik in Frage kommt, am „Balkankurs“ fest. Noch wie vor drängen militärische Kreise zu einer Politik, die das Reich in unabsehbare Verwicklungen und Gefahren stürzen kann.

Nichts liegt uns ferner, als durch Aufschauung etwaiger Gefahrenmomente eine alarmistische Stimmung heraufzubeschwören oder — wie das „B. T.“ sich geschmackvoll ausdrückt — die auswärtige Politik mit „Strahlenlärm“ zu vermengen. Wir lassen einfach die Tatsachen sprechen. Als feststehend trachten wir folgende Tatsachenreihen:

1. Der Vorstoß Polens gegen Sowjetrußland ist keine

Ausdehnung des französischen Verkehrsstreiks.

Um die Anerkennung der Arbeiter.

Der Allgemeine Arbeiterverband (G. A. V.) hat gestern abend beschlossen, den Streik auf die Bauarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter auszuweiten. Zur letzten Kategorie gehören die Angestellten der Untergrundbahnen, der Straßenbahnen, der Autobusse, der Kraftbroschüren, der Expedition und der Dampfschiffahrt. Die G. A. V. wendet sich gleichzeitig in einem Aufruf an das Publikum und erklärt, die Belagerung der Regierung, die Forderung der Arbeiterklasse in Erwägung zu ziehen, zwinde dazu, der Streikbewegung weitere Ausdehnung zu geben. Der Widerstand der Regierung werde die Aktion der Arbeiter nicht brechen. Das Ziel der Bewegung sei, die Herrschenden zu einer Anerkennung der sozialen Kraft der Arbeit und der Notwendigkeit zu zwingen, den Arbeitern den Platz einzuräumen, auf den sie bei der unumgänglich notwendigen Reorganisation der wirtschaftlichen Tätigkeit des Landes Anspruch hätten. Die G. A. V. fordert die Arbeiter auf, die Bewegung in Ruhe und Ordnung fortzusetzen.

Am Montagmorgen haben die Bergarbeiter in Courcoire und Decazeville Fortsetzung des Ausstandes beschlossen. In Montevallier wollen achthundert Arbeiter am Donnerstag die Arbeit niederlegen, um den bereits Ausständigen beizustehen.

Französische Finanzsachverständige in London.

Für sofortige Befestigung der Gesamtsumme.

Der Main meldet, daß gestern abend die französischen Finanzsachverständigen in London angekommen sind, um von Montag ab mit den englischen Sachverständigen über die Frage vom Spar zu verhandeln. Der Führer der Delegation erklärte dem Parlamentarier, er sei für die sofortige Fixierung der Gesamtsumme, die Deutschland zu bezahlen habe. Er würde sogar mit Befriedigung sehen, wenn man noch eine Klausel hinzusetzen würde, durch die man den Deutschen sage, sie könnten eine Herabsetzung der Gesamtsumme verlangen, wenn

Einzelkategorie, sondern ein Glied in der neuen internationalen Verschwörung gegen Rußland. Sinter den polnischen Imperialisten steht die Entente. Frankreich hat, wie der Korrespondent des „B. T.“ Dr. A. Federer ausdrücklich feststellt, die polnische Aktion materiell nach Kräften gefördert, England hat sie stillschweigend gebilligt. Der Oberste Rat hat die Abmachungen zwischen Pilsudski und Pellsjura, die der polnischen Offensive vorausgehen, anerkannt und gefördert. Die ganze polnisch-ukrainische Aktion bedeutet die Wiederaufnahme des Krieges gegen Sowjetrußland, bedeutet die bewußte Verkrümmung der mit der Sowjetregierung eingeleiteten Friedensverhandlungen.

2. Neben Polen und den Banden Pellsjuras marschieren bereits weitere Hilfstruppen gegen Sowjetrußland auf. Rumänien konzentriert seine Armee an der ukrainischen Grenze. Die ungarischen weißen Gardes halten sich bereit. In Finnland rüstet man zu einem neuen Vorstoß gegen Petersburg. Der Führer der finnischen weißen Gardes General Mannerheim bereitet in wichtiger Mission die europäischen Hauptstädte. Die Häupter der russischen Konterrevolution, Denikin, Judenitsch usw. entfalten erneut eine fieberhafte Tätigkeit.

3. Die Häden der internationalen Verschwörung gehen auch nach Deutschland hinüber. Hier ist das „gelobte Land“ der entthronten russischen Junker; Berlin ist das Stützpunkt der russischen Gegenrevolutionäre. Im Balkan haben die deutschen und russischen Monarchisten Waffenbrüderschaft geschlossen und den Grundstein zum Kapp-Putsch gelegt. Kapp war noch in Königsberg der Protektor der Vermordeten. Am 13. März gebieten russische Offiziere zu den Kerntruppen der monarchistischen Umstürzler. Sie bilden nach wie vor einen Bestandteil der sich sammelnden deutschen Konterrevolution. Awaol-Bermondet, Biskowsk, Marlow usw. sind auch heute die prominenten Bischöffe, Erhardt und Konjorken. Auf deutschem Boden werden unter Leitung des früheren Seimans Staropadski Formationen gebildet, die zur Verstärkung der polnisch-ukrainischen Front dienen sollen. Aus Deutschland gehen Munitionstransporte an die übrussische Front. Mit dem deut-

sie rascher bezahlen als festgesetzt sei. Die Deutschen könnten auch außer Gold und Traktoren Waren liefern, Kohlen, fertiges Material, wie z. B. Eisenbahnmateriale. Die Wiedergutmachungskommission könne heute wie in fünf oder zehn Jahren die Entschädigungssumme festsetzen, denn sie könne doch nie anders als annähernd bestimmt werden. Es sei unnütz, von Deutschland eine Summe zu verlangen, die es nicht bezahlen könne. Seine Schulden müßten durch eine unangenehme Biffer fixiert werden. Man müsse also so genau als möglich ansetzen, was Deutschland bezahlen könne, ohne daß es seine Unternehmungen paralysiere, und von ihm verlangen, daß die Summe festgesetzt werde, ohne den Nationen Schaden zuzufügen und ohne ein wirtschaftliches Chaos herbeizuführen, indem man mehr verlange.

Mexiko von den Revolutionären erobert.

New York, 9. Mai.

Die Revolutionäre aus El Paso haben die Stadt Mexiko genommen. Es besteht die Hoffnung, daß Carranza nach Veracruz geflohen ist. Außer den Streitkräften Villas haben sich vier weitere Garnisonen den Revolutionären angeschlossen.

Die Polen in der Sudgasse.

Das Proger Blatt „Czaska Słowa“ veröffentlicht eine Zuschrift aus der Ukraine, in der es heißt, daß sich hier die polnische Truppe die russisch-ukrainische Grenze erreichen, wobei die Bolschewisten ihre Militärmacht nach der polnischen Nordostgrenze werfen und das Land von dieser Seite angreifen. Hier bestrebe aber Polen bereits an Litauen einen Feind, der erst jüngst mit der russischen Sowjetregierung einen antipolnischen Vertrag abschloß.

Über noch eine andere Gefahr lauzerte auf die Polen. Die rote Armee welche kampflös aus der Ukraine. Bevor aber die polnischen Truppen die russisch-ukrainische Grenze erreichen, werden die Bolschewisten ihre Militärmacht nach der polnischen Nordostgrenze werfen und das Land von dieser Seite angreifen. Hier bestrebe aber Polen bereits an Litauen einen Feind, der erst jüngst mit der russischen Sowjetregierung einen antipolnischen Vertrag abschloß.

ischen Reichswehrministerium hat General Mannerheim verhandelt, um höhere Munitionslieferungen nach Finnland in die Wege zu leiten.

Das sind die Tatsachen, die die heutige Situation illustrieren. Sie sprechen für sich selbst und entheben uns der Notwendigkeit, dem trübsüchtigen Einwand zu begegnen, daß wir durch unseren Protest die „Neutralität“ Deutschlands verletzten. In Wirklichkeit hat diese Neutralität nie bestanden. Deutschland war bisher das kampflose Schlachtfeld der internationalen Reaktion gegen Rußland. Es dient auch heute, trotz aller offiziellen Freundschafts- und Friedensüberredungen gegenüber der Sowjetregierung, als wichtiges Hinterland für die neue Offensive gegen Sowjetrußland.

Dieser Umstand ist es vor allem, der das deutsche Proletariat zu seiner Protestaktion gegen die internationalen Kriegstreiberien herausfordert. Es will Frieden und Freundschaft mit allen Völkern der Welt. Es hat aber die unabweisbare Last des Versailler Friedensvertrages, dieses Produkt der verbrecherischen Politik des alten Regimes, nicht auf sich genommen, um obenin Gelderdienste zu leisten bei der Erdrosselung Sowjetrußlands durch das internationale Kapital. Wegen aller Versuche, Deutschland für derartige Zwecke zu mißbrauchen, wird sich das deutsche Proletariat mit derselben Entschiedenheit wehren, wie gegen alle Pläne der monarchistischen Reaktion, durch Entfesselung einer nationalen Stimmung für einen Revanchekrieg gegen die Entente den Boden zu bereiten.

Diesem Zweck dient aber letzten Endes die Mitwirkung der deutschen Reaktionäre bei dem Vorgehen der Entente gegen Sowjetrußland. Bei einem Teil von ihnen mögen allerdings auch andere Motive mitsprechen: der Haß gegen die russische Revolution, die die Vorherrschaft des Junkertums beseitigte; die Intimität zwischen den deutschen und russischen Konterrevolutionären; die Verluste, die deutsche Kapitalisten und deutsche Kolonisten in Rußland davontrugen, usw. Aber entscheidend für die Haltung der deutschen Reaktionäre ist die Überzeugung, daß sie nur auf dem Wege über neue kriegerische Verwick-

Ingen zur Verstärkung ihrer Macht gelangen können.

Die klügeren Köpfe in den Reihen der deutschen Militäraktion wissen genau, daß der Feldzug Bolens gegen Rußland mit einem fürchterlichen Zusammenbruch enden wird. Wenn sie aber trotzdem die Entente und ihre Vasallen bei diesem hoffnungslosen Unternehmen unterstützen, so aus zweierlei Gründen: erstens, um Bolens nach seiner Niederlage zu weitgehenden Konzessionen geübig zu machen, und zweitens, um die Entente, nach dem Zusammenbruch des polnischen „Schutzwall“ gegen Sowjetrußland, zur Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus, und damit der deutschen Konterrevolution zu veranlassen. Die „Frankfurter Zeitung“ trifft durchaus das Richtige, wenn sie als Folge der jetzigen Ereignisse im Osten die Schreden eines neuen „hässlichen Krieges“ für Deutschland voraussieht. Aber mehr als das: wenn der Protest des Proletariats aller Länder das neu entzündete Kriegsfeuer im Osten nicht zum Erlöschen bringt, so steht Deutschland vor der unmittelbaren Gefahr einer siegreichen Konterrevolution, die den kaiserlichen Militarismus wieder fest in den Sattel heben wird.

Dieser Zusammenhänge sollen alle Arbeiter und Arbeiterinnen eingedenk sein, die am Dienstag gegen die neuen Kriegsfahrten demonstrieren werden. Es gilt nicht bloß, ein platonisches Sympathiebekennnis für die russische Sowjetrepublik abzulegen. Es gilt, der internationalen Reaktion, und vor allem den offenen und verkappten Reaktionen in Deutschland zu zeigen, daß die deutsche Arbeiterklasse auf dem Posten ist, um den verrückten Plänen der Gegenrevolutionäre den unbeugsamen Friedenswillen des Proletariats entgegenzustellen.

England und Rußland.

Der neue Krieg im Osten, der durch den Vorstoß Bolens eröffnet worden ist, findet in der englischen Öffentlichkeit eine sehr deutsche Ablehnung. Die englische Regierung sieht sich daher genötigt, mit beachtlichen Mitteln hervorzutreten. So erklärte Bonar Law im englischen Unterhaus, den Polen sei bei ihrem Angriff auf Rußland keine moralische oder materielle Unterstützung gewährt worden. In derselben Kategorie der Verurteilung stehen folgende englische Meldungen aus Rußland, die den Eindruck erwecken sollen, daß England noch wie vor zu Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland bereit sei.

Amsterdam, 9. Mai.

„The Westminster Gazette“ vertritt ein drohendes Moskauer Bericht, daß englisch-russische Friedensverhandlungen bevorstehen. Lord Curzon habe Tschitschewin den Vorschlag gemacht, direkte Verhandlungen mit dem General Wrangel zu beginnen. Curzon schlägt vor, daß englische Offiziere an diesen Verhandlungen teilnehmen sollen. Das einzige Mittel zur Wiederherstellung des Friedens sei Sicherheit gegen fernere Angriffe, und wenn England diese Garantie erhalte, so sei eine wesentliche Bedingung erfüllt, und die Verhandlungen könnten in freundschaftlicher Weise fortgesetzt werden. Der Punkt, der am meisten bedauert wird, ist die Abwesenheit der Sowjetregierung, die sich durchsichtigerweise dem Wunsch der englischen Regierung entgegenstellen. Die Sowjetregierung sei damit einverstanden, mit der englischen Regierung über die Einstellung der Feindseligkeiten im Armeebereich zu beginnen. Die Sowjetregierung sei bereit, General Wrangel und britische Offiziere zu diesen Verhandlungen zuzulassen.

Die obanstehenden Meldungen bestätigen erneut, daß die Sowjetregierung noch wie vor bereit ist, mit allen bo-

stelligen Staaten und Kampfgruppen Friedensverhandlungen zu führen. Es liegt nur an den Entente-Regierungen, daß diese Verhandlungen noch nicht eingeleitet worden sind, und daß statt des Friedens ein neuer blutiger Krieg im Osten ausgebrochen ist.

Mannerheim und die englische Mission.

Von einer Quelle, an deren Glaubwürdigkeit wir zu zweifeln keinen Anlaß haben, erfahren wir: Es muß dem General Malcolm zugestanden werden, daß er mit dem finnischen Vorkriegsgeneral Mannerheim nicht selbst verhandelt hat und es auch ablehnte, persönlich mit irgendwelchen Mittelspersonen in Verbindung zu treten. Dagegen dürfte es Herrn Malcolm nicht unbekannt sein, daß das Mitglied der englischen Militärmission, der irische Kapitän O'Brien, der auch während der Skapp-Tage eine zweideutige Haltung einnahm, mit Mannerheim verhandelt hat. Dieser Herr hat auch mit hiesigen russischen reaktionären Kreisen verhandelt und in ihnen die Vorstellung aufrechterhalten, daß auch Malcolm zu Verhandlungen geneigt sei.

Die Rechtssozialisten und die Todesurteile.

Ein Telegramm des „Vorwärts“ aus Bochum stellt fest, wie von uns bereits seit Wochen täglich mitgeteilt wurde, daß die Kriegsgerichte entgegen den Vorfällen der Vereinbarungen Hunderte von Arbeitern verurteilten, die nur zur Abwehr des Rapp-Putschs die Waffen ergriffen hatten. Wir haben gegen dieses Treiben von Anfang an den Erfolg einer Amnestiebewegung gefordert, wie das den Vorfällen der Vereinbarungen entspricht. Die Regierung hat sie abgelehnt, und in Uebereinstimmung mit ihr fordert der „Vorwärts“ auch nur, daß Urteile der außerordentlichen Kriegsgerichte nicht endgültig sind, sondern angefochten werden dürfen, wodurch natürlich an den Urteilen und den Beschlüssen der Arbeiterklasse nichts geändert würde.

Nach bescheidener ist der „Vorwärts“ in seiner Beurteilung der beiden Todesurteile, deren Vollstreckung nur möglich wurde, weil sein Parteifreund Ebert von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat. Ohne dieses Verbot auch nur mit einem Wort zu kritisieren, begnügt er sich mit der lakonischen Feststellung: „Die Verurteilten hatten nicht die Möglichkeit, das Urteil anzufechten.“

Ebert unerhörte Handlungsweise findet also zum mindesten die stillschweigende Duldung der rechtssozialistischen Partei. Damit enthält sie nicht nur, daß sie gar nicht daran denkt, sich in ihren praktischen Handlungen von den Grundsätzen des Sozialismus leiten zu lassen, sondern sie bestärkt auch ihren mangelnden Willen und ihre Ohnmacht zur Erfüllung der den Arbeitern des Ruhrgebietes gebührenden Verprechungen.

Wer im Ruhrgebiet gegen die Rapp-Putschisten gekämpft hat, wandert ins Gefängnis oder wird gar erschossen, während die Rapp, Lüttich, Bauer, Lubendorf und Eberhard und die übrigen Verbrecher ungehindert weiter Verbrechen gegen die Republik anstellen dürfen. Das sind die von den Rechtssozialisten gepriesenen und mit Eifer verteidigten großen „Ermittlungen“ der Koalitionspolitik.

Revolution in Eichsfelde.

In der stillen Eichsfelder Kadettenanstalt, die vor wenigen Wochen in eine staatliche Bildungsanstalt umgewandelt worden ist, ist eine Revolution ausgebrochen. Die Schüler weigern sich, den Anordnungen der neuen Anstaltsleitung Folge zu leisten, sie beschimpfen die Regierung und stoßen die fürchterliche Drohung aus, daß „der Geist der königlich-preussischen Kadetten nicht untergehen werde“. Die schwarz-rote-goldene Fahne ist von der Anstalt heruntergerissen worden. Durch Kufkraft und Flugblätter, die in der Anstalt angeschlagen werden, wird eine niedrige Judenbeute getrieben. Kurz gesagt, die ehemaligen Kadetten tanzen der Regierung auf der Nase herum.

und sagen sie ganz ungenügend, was sie eigentlich spekt vor ihr haben.

Die Sache geht natürlich nicht von Schülern selber aus, sondern diese sind von einer Offiziersklientel nur vorgeschoben worden. Herr Haensch hat den jungen Burken angebracht, daß er sie von der Anstalt entfernen werde, wenn sie sich der neuen Ordnung nicht fügen würden. Diese Mahnung ist durchaus beachtlich und wir hoffen, daß sie recht bald in die Tat umgesetzt wird. Tausende intelligente Proletarierkinder können jederzeit als Ersatz in die Anstalt aufgenommen werden. Sie sind der staatlichen Unterstützung viel würdiger als die bisherigen Insassen, die nur auf Grund irgendwelcher Privilegien der Eltern in die Anstalt kommen, ohne daß sie die notwendige sittliche und geistige Ausbildung besitzen.

Die Pflanzstätte des preussischen Offizierkorps.

In der „Deutschen Zeitung“ wird ein Loblied über die Richterfelder Kadettenanstalt angestimmt. Sie wird als die berühmteste Pflanzstätte des preussischen Offizierkorps bezeichnet, und von ihren Insassen heißt es, daß sie eine Kauldese von bestem Menschenmaterial, körperlich und geistig, ja überhaupt das Beste, was die Nation erzeuge, darstelle. Wie es in den preussischen Kadettenanstalten in Wirklichkeit aussieht, aus welchem Material Schüler und Lehrer bestehen, das hat vor mehreren Wochen ein Kadettenoffizier in der „Weltwache“ festgehalten. Er schreibt:

„Alle sozialen Verwerflichkeiten blühten und wurden ziemlich offen betrieben; Gemüngen in der Beziehung gab es nicht. Einmal stand ich als Elftjähriger Posten, während mein Stabältester sich im Stall des Odonomen mit einer Kuh irgendwie amüsierte. Jeder Tertianer hatte seinen „Schuß“, das heißt: eine Art männlicher Geliebten, mit der er ganz offen verkehrte, und die deswegen keineswegs von den anderen verachtet wurden. Schlimm war ja überhaupt nicht so sehr, daß dergleichen Dinge vorkamen — denn welches Internat ist davon frei? —, sondern daß eigentlich niemand etwas dabei fand. Abergelände, rüde Lämmer, die mit 10 Jahren schon 6 Klammzüge machen konnten, kamen bei dieser Erziehungsmethode auch ganz gut durch und fühlten sich sehr wohl dabei. Wer aber ein blühendes Kompiliervermögen und mehr auf Wissenschaft und Kunst gerichtet aber wer Verstand ganz war, der litt bitter unter dem Geist der Anstalt.“

Von der Richterfelder Kadettenanstalt wird im Besonderen gesagt, daß die begabtesten Schüler der Sekunda mehr wußten als die Lehrer. Die Erzieher waren größtenteils junge Offiziere, die wegen Schulden und wegen Tausend fälliger waren und die nun in der Anstalt ihre moralische Qualifikation an den Schülern erproben konnten. Das ist das Bild der preussischen Kadettenanstalten in Wahrheit. Und es mocht der „Deutschen Zeitung“ alle Ehre, daß sie diesen Brutstätten der geistigen und moralischen Anzucht diese Tränen nachweint.

Rechtssozialistische Kandidaten für Berlin und Brandenburg.

Die rechtssozialistische Parteikonferenz für Berlin und Brandenburg stellte am Sonntag, wie die „R. P. N.“ erfahren, folgende Kandidaten auf:

Für den Wahlkreis Berlin: 1. Hugo Heimann, 2. Franz Schmalz, 3. Richard Fischer, 4. Reichsminister Robert Schmidt.

Für den Wahlkreis Potsdam I: 1. Rudolf Wiffell, 2. Marie Juchacz, 3. Otto Siedow-Brandenburg, 4. Hermann Müller-Riederharm (nicht der Reichsminister), 5. Adolf Wulfschlag, 6. Max Gailer-Ludemoohe.

Das bisherige Mitglied der Nationalversammlung Stadt-Epandau hat die Wiederwahlstellung abgelehnt.

Für den Wahlkreis Potsdam II (Frankfurt a. O.): 1. Otto Weis, 2. Otto Schumann, 3. Carl Siebel, 4. Richard Schmidt, 5. Hans Ratschke, 6. Carl Fritze (Wandrat in Kalau).

Abgesehen von den Kandidaten, die eine Wiederwahlstellung abgelehnt haben, sind es durchweg die bisherigen Mitglieder der Nationalversammlung.

Bildungsarbeit in der sozialistischen Gemeinde.

Von Georg Kaufmann.

Im zahlreichen Osten Deutschlands hat die Revolution politische Verhältnisse geschaffen, die dem Proletariat einen entscheidenden Einfluß im Gemeindeparlament geben. Wenn nun aber unsere Genossen die Arbeit des Gemeindeglieds in die Hand genommen haben, so nicht deshalb, weil sie die zusammenfassende kapitalistische Wirtschaftsordnung wieder aufzurichten wollten und hierzu mehr Befähigung als ihre bürgerlichen Vorgänger mitzubringen vermögen, sondern weil die Verwaltungsbürokratie ihnen Gelegenheit bot, die aus dem unvollkommenen Verfassungsprozeß des Gemeindeglieds sich ergebenden Tendenzen in Wägen zu setzen, in denen sie die Bewältigung des Sozialismus zum besten dienen müßten.

Bei der Schaffung von kommunalen Bildungs-Ausschüssen war es den Unabhängigen immer, den Reichs-Sozialisten in den meisten Fällen ebenfalls damit zu tun, mit Hilfe dieser Einrichtung den Gemeindegliedern zu zeigen, daß der Sozialismus das notwendige Ergebnis geschichtlicher Entwicklung ist, und daß alle Gegenkräfte dem sinnlosen Kampfen von Nutzen gesehen gleich kommt.

Da die Gemeindebildungsarbeit in diesem Sinne und mit dieser Hand geleitet wurde, war die Folge, daß die bürgerlichen Mitglieder des kommunalen Bildungs-Ausschusses erklärten, nicht mehr mitten zu können, „es sei ihnen freudig“. Die weitere Folge war die Sabotage bei getroffenen Veranstaltungen durch das Bürgertum. Wie aber konnte der kommunale Bildungs-Ausschuss, der unmissbar auf die kampflose Übergabe anzuweisen war, seine Pläne ausführen, solange Parteibildungs-Ausschüsse am Orte funktionierten?

Theoretiker des Bildungswesens über man sagen: Die Parteibildungsarbeit hat den Zweck, die Genossen zu geschulten Klassenkämpfern zu machen, sie mit jenem Wissen auszurüsten, dessen sie im Kampfe gegen die reaktionären Kräfte der kapitalistischen Weltanschauung bedürfen. Das ist nun in der Tat die Aufgabe der Parteibildungsarbeit. Aber ist denn sozialistische Bildungsarbeit anders überhaupt denkbar? Muß nicht jede wahrhaft sozialistische Bildungsarbeit darauf abzielen, den Massen die Augen zu öffnen über die Welt, welche die Welt umgibt? Und ist es nicht durchaus demokratisch, eine wissenschaftlich begründete Weltanschauung aus menschlichen Mitteln zu plagen, wenn die Mehrheit der Gemeinde ihr zugestimmt? Ist weiter der kommunalen Bildungs-Ausschüsse einer großen Berliner Parteizentrale empfehle ich den in der Bildungsarbeit tätigen Genossen, in deren Gemeinden eine dem sozia-

listischen Interesse günstige Parteikonferenz besteht, folgende Arbeitsmethode, die ich mit vollem Erfolg durchgeführt habe.

Im kommunalen Bildungsausschuss sind Mitglieder der Bildungskommission beider sozialistischer Parteien. Die Mitglieder dieser Kommission haben die Aufgabe, Anregungen und Wünsche aus den arbeitenden Schichten der Bevölkerung an den kommunalen Ausschuss weiter zu geben, für dessen Veranstaltungen in ihrem Wirkungsbereich zu werden und der Arbeiterschaft die Arbeit des kommunalen Volksbildungs-Ausschusses mitzuteilen. Während Veranstaltungen, Kurse, Kunst- und Unterhaltungsarbeiten von Seiten der Parteien finden nicht mehr statt. Die sozialistische Bildungsarbeit wird zur öffentlichen Angelegenheit und geht an den kommunalen Bildungs-Ausschuss über. Das alles geschieht unbeschadet der Auseinandersetzungen auf parteipolitischen Gebiet, wobei aber den Kampfströmungen gerade durch das Zusammengehen in der Bildungsarbeit mancher glänzende Stachel genommen wird.

Der kommunale Bildungs-Ausschuss hat die Aufgabe, jedem Gemeindeglied Gelegenheit zu geben, die Ursachen der kapitalistischen Weltanschauung und die Mittel zu ihrer Beseitigung zu erkennen.

Wenn der Bildungs-Ausschuss dieser Aufgabe gerecht wird, bedeutet die Forderung der politischen Parteibildungsarbeit (wenigstens in kleineren Orten und wo wie die Mehrheit für und haben. Red.) keinen Verlust für die Partei, sondern einen erheblichen Gewinn. Abgesehen von der finanziellen Seite (die Kommune ist viel eher als die Parteiorganisation in der Lage, die Kosten für teure Besuche, hochqualifizierte künstlerische Darstellungen und dergl. zu tragen) ist es von großem organisatorischem Wert, wenn die sozialistische Bildungsarbeit zur öffentlichen Angelegenheit aller wird und daß dadurch der sozialistische Gedanke tiefer in das Volkswusstsein einbringt.

Die proletarischen Heterokunden, die die H. S. P. D. an den Sonntagsmühen im Großen Schauspielhaus veranstaltet, haben für die Arbeiterklasse steigende künstlerische Bedeutung gewonnen. Am letzten Sonntag hatte sich in dankenswerter Weise der ukrainische Nationalchor in den Dienst unserer Sache gestellt. Er ist ja in Amerika und Europa unterwegs, um uns mit dem keine-Grängen kennenden Band echter Volkstun und Musik international zu umschlingen. Die unvergleichlichen Leistungen dieses Chors mit seinem Spiegelbildenden Stimmental und seinen nicht durch das Alter, sondern durch den Enthusiasmus derer gebundenen Vokalisten sind hier schon mehrfach erwähnt worden. Gestern in dem schönen hollen Stuppelraum, den die Arbeiter bis in die obersten Ränge füllten,

verschafften sich mehr denn je die Empfindungen der Sängerchor und ihrer begeisterten Hörer. Mit Orgelfest begann diese wahrhafte Feierstunde. Dann gedachte Genosse Breitscheid in seiner Ansprache unseres verstorbenen Mitkämpfers Emanuel Wurm, für den der Chor einen Trauertag anstimmte. Zwischen seinen übrigen Liedern ließen unsere Heide bereits und begeisterte Sprecherin Tilla Durieux sowie der ausgezeichnete Tenor des Opernhauses, Waldemar Henke, ihre Kunst leuchten, und zum Schluß rauschten die Klänge der Arbeitermarktschläge durch Herz und Haus.

Zu einer Protestkundgebung gegen die Luftpartei-Oper hatten sich gestern Direktoren, Schauspieler, Schriftsteller, technische Bühnenpersonal und andere Theaterkreise auf Veranstaltung ihrer Organisationen im Metropoltheater versammelt. Die Redner waren sich darin einig, daß es sich um eine Arbeitslosenfrage handele, mit der der Berliner Magistrat der Luft einen Vorkriegsdienst geleistet habe. (Sagen wir lieber unverblümt: dem Theatergeschäft und dem Geschäftstheater von heute!)

Ein Beitrag geistiger Arbeiter als Ergänzung zum Reichstheater-Vertrag wurde eine Schriftstellerdeputation beim Reichsminister von Minister des Innern, Herrn Koch, vorgebracht. Ein Reichskulturamt besteht bereits. Man wackelt damit leider nur abendwärts wie von einer einseitigen Kulturpolitik im neuen Deutschen Reich. Aber vielleicht kommt es noch. Vorläufig wird die Regierung nicht einmal mit den Kadetten fertig, die sie trotz unerschütterlicher reaktionärer Bengaleien in der umgelauten Richterfelder Anstalt auf Staatskosten beläßt, und ihren das proletarische Kriegshandwerk gründlich zu legen und die ebenso anwachsenden wie reaktionären Kräfte in Arbeitslosen zu finden.

Nationalistische Habsburger hatten in Halle die Aufführung von „Die Paradies“ des Paradies. Das Paradies haben Genossen passivistische Tendenz mit dem auch im Berliner Neuen Volkstheater (Kannan) durch allehand Vödeln geführt. Besonders lächerlich hatte sich bei dem Theaterabend ein Herr von Oberstein hervorgetan. Er war verhasst worden, aber das Gerücht sprach ihn jetzt frei. Der hohe Gerichtshof wird sich der Aufführung hingegen haben, daß dieser ertauchte Weltspiegel sein niederbrüllendes und gewalttätiges Joch kompromittieren wird durch namenhaftes Preussentum, dessen die Weiberhände von Graf Leo und Genossen, große Schandung der Götter, Landauer und der übrigen Revolutionsopfer in unserer georgischen sozialistischen Theater führt sind.

Am der Volkshochschule Groß-Berlin beginnen am Montag, den 10. 5. folgende Kurse: abends 7 Uhr, Sozialistische Hochsch., Abendkurse: 49. Dr. T. L. L., Schopenhauer und Nietzsche. — Abends 8 Uhr, Tronten, Sozialismus, Neue Kräfte, Handr. K. K. K., Die neue Reichsverfassung.

